

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) im Zusammenhang mit den Aufgaben der behördlichen Datenschutzbeauftragten der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg

Drehbahn 36

20354 Hamburg

Tel.: 040 42828-0

Fax: 040 4273-13245

Email: poststelle@justiz.hamburg.de

Die Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Behördliche Datenschutzbeauftragte

der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Drehbahn 36

20354 Hamburg

E-Mail: jbdatschutz@justiz.hamburg.de

Es werden überwiegend personenbezogene Daten verarbeitet, die der behördlichen Datenschutzbeauftragten (nachfolgend **behDSB**) direkt von Ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Dies kann aus unterschiedlichen Gründen geschehen:

- Sie haben eine Beschwerde oder Anfrage bei der behDSB eingereicht,
- Sie haben ein Auskunftersuchen an die behDSB gestellt,
- Sie haben eine allgemeine Frage bzw. allgemeine Hinweise zum behördlichen Datenschutz.

Die behDSB empfängt jedoch auch indirekt personenbezogene Daten von der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz oder den Justizvollzugsanstalten. Dies kann in den folgenden Situationen geschehen:

- Die behDSB hat im Rahmen ihrer Kontroll- und Beratungsaufgaben Kontakt zu der zuständigen Fachabteilung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz oder einer Justizvollzugsanstalt als Verantwortliche aufgenommen, gegen die sich Ihre Beschwerde oder Anfrage richtet. Die jeweils zuständige Fachabteilung/Justizvollzugsanstalt teilt der behDSB im Rahmen der Stellungnahme oder des Antwortschreibens personenbezogene Daten über Sie mit.

- Ein Beschwerdeführer verweist im Rahmen eines Beschwerdeschriftwechsels z.B. als Zeuge oder Zeugin auf Sie (in dem Fall werden Sie nach Art. 14 DSGVO darüber informiert, dass Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden.).
- Die behDSB hat von Aufsichtsbehörden oder Vollzugsbehörden personenbezogene Daten erhalten.
- Einer der zuständigen Sachbearbeiter der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz /Justizvollzugsanstalt übermittelt Ihre Kontaktdaten oder benennt Sie als direkten Ansprechpartner im Rahmen einer datenschutzrechtlichen Untersuchung oder Beschwerde.

In einigen Fällen fordert die behDSB auch zielgerichtet personenbezogene Daten von Ihnen an, z.B. zur Feststellung Ihrer Identität im Rahmen von Auskunftersuchen nach Art. 15 DSGVO.

Zu den Aufgaben der behDSB gehört es unter anderem, den Verantwortlichen hinsichtlich seiner Pflichten nach der DSGVO sowie nach sonstigen Datenschutzvorschriften der Union zu beraten und zu unterrichten (Art. 39 DSGVO). Hierbei untersucht die behDSB auch den Gegenstand jeweiliger Beschwerden oder Anfragen und klärt den jeweiligen Sachverhalt gemeinsam mit dem Verantwortlichen auf. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind je nach Lage des Einzelfalles Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art 9 Abs. 2 Buchst. e), f), g) DSGVO bzw. §§ 47, 48 BDSG.

Die personenbezogenen Daten können im Zuge der vorstehend beschriebenen Verarbeitungstätigkeit weitergegeben werden an

- die datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (z.B. im Rahmen der Stellungnahme zu Beschwerden, die Sie gegen die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz/Justizvollzugsanstalten an den HmbBfDI gerichtet haben)
- Aufsichtsbehörden des Bundes oder der Länder oder andere europäische Aufsichtsbehörden (z.B. im Rahmen von Beschwerden oder Untersuchungen, in denen die behDSB mit den Aufsichtsbehörden zusammen arbeitet)
- ggf. Innenrevision oder Rechnungshof
- ggf. IT-Abteilung bzw. IT-Beauftragte externer IT-Dienstleister im Rahmen von Auftragsverarbeitungen
- andere ggf. zuständige Behörden (z.B. im Falle der Unzuständigkeit der behDSB)

Die Daten werden im elektronischen Archiv ELDORADO abgelegt, wo ihre Löschung gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen der Aktenordnung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz erfolgt. Worddateien und ggf. E-Mails werden zeitweilig vorgehalten und in unregelmäßigen Abständen, jedoch vor Ablauf der Aufbewahrungsfristen gelöscht.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der DSGVO bzw. dem BDSG folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO, § 57 BDSG)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO, § 58 BDSG)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO, § 58 BDSG)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO, § 58 BDSG)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der DSGVO bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die behDSB, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg, <https://datenschutz-hamburg.de>).

Informationen für Kinder

Die behDSB bietet keine direkten Leistungen für Kinder an und verarbeitet auch nicht proaktiv deren personenbezogene Daten. Manchmal werden der behDSB jedoch Informationen über Kinder bereitgestellt, während eine Beschwerde bearbeitet oder eine Untersuchung durchgeführt wird. Sämtliche Informationen dieses Datenschutzhinweises gelten daher nicht nur für Erwachsene sondern auch für Kinder.